



20. März 2006

**MEINUNGSUMFRAGE DES PALESTINIAN CENTER FOR POLICY AND SURVEY
RESEARCH (PSR) NR. 19**

**Am Vorabend der Bildung der neuen palästinensischen Regierung steigt die Popularität
der Hamas, während die der Fatah sinkt; aber eine Mehrheit der Palästinenser
befürwortet die Fortführung des Friedensprozesses und die Umsetzung der Road Map**

Dies sind die Ergebnisse der letzten Umfrage, die vom Palestinian Center for Policy and Survey Research in der West Bank und im Gazastreifen vom 16. bis 18. März 2006 durchgeführt wurde. Insgesamt wurden 1270 Erwachsene in 127 ausgewählten Orten befragt. Die Fehlerquote beträgt 3 %.

- Wenn heute Wahlen stattfinden würden, gingen 47% der Stimmen an die Hamas und 37% an die Fatah. Im Gazastreifen würde die Hamas 51% und die Fatah 37% erhalten. (Bei dieser Umfrage gaben 46% an, dass sie am 25. Januar, dem Wahltag, für die Hamas stimmten und 44% für die Fatah. Offiziellen Zahlen der zentralen palästinensischen Wahlkommission zufolge stimmten nur 44% für die Hamas und 41% für die Fatah.)
- Nach Meinung von 37% der Befragten gewann Hamas die Parlamentswahlen, weil die Wählerinnen und Wähler in erster Linie eine islamische palästinensische Regierung wollten, die in Einklang mit der Scharia regiert. 36% glauben jedoch, dass Hamas gewann, weil die Wählerinnen und Wähler in erster Linie eine saubere Regierung wollten, die die Korruption bekämpft. 9% sagten, die Wähler wollten zuallererst eine starke Regierung, die der Anarchie ein Ende setzt, und 7% sagten, die Wähler wollten in erster Linie eine kampfbereite Regierung, die Widerstand gegen die israelische Besatzung leistet.
- Nach Ansicht von 52% der Befragten verlor Fatah die Wahlen, da die Wähler in erster Linie die Ausbreitung von Korruption bestrafen wollten, während 19% der Ansicht sind, dass sie die Wahlen in Folge von internen Streitigkeiten und Führungslosigkeit verlor. 17% glauben, da sie der Anarchie kein Ende bereiten konnte, und 5% zufolge wegen des Friedensprozesses.
- 70% erwarten, dass Hamas als Regierungspartei Erfolg haben wird, während ihr 22% ein Versagen bei der Leitung der Autonomiebehörde vorhersagen. 30% machen sich in Folge des Wahlsieges der Hamas um ihre persönlichen Freiheiten Sorgen, 69% sind hingegen nicht beunruhigt.

- 68% glauben, dass die Autonomiebehörde ohne internationale finanzielle Hilfe die Probleme nicht bewältigen kann; 50% rechnen damit, dass diese Hilfen nun ausbleiben werden, jedoch 78% glauben, dass Hamas alternative arabische und islamische Quellen finden wird. Dem internationalen Druck zum Trotz meinen 59%, dass Hamas Israel nicht anerkennen sollte, 37% meinen, dass sie dies tun sollte.
- 75% meinen, dass Hamas mit Israel in Friedensverhandlungen treten sollte. 64% sehen sich als Unterstützer des Friedensprozesses, während nur 14% angeben, dass sie diesen ablehnen. 53% wollen, dass die neugewählte Regierung die Road Map umsetzt. 49% wünschen, dass sie die Waffen der bewaffneten Gruppierungen einsammelt, während 21% nicht wollen, dass sie sich in deren Bewaffnung einmischt. 27% sagen, dass die Autonomiebehörde Gesetze verabschieden sollte, die den Gruppierungen den Waffenbesitz erlauben. 82% treten dafür ein, die bewaffneten Gruppen in die palästinensischen Sicherheitsdienste zu integrieren.
- 93% glauben, dass die USA und Großbritannien in den israelischen Zugriff auf das Gefängnis in Jericho und die Verhaftung von Ahmad Sa'adat verwickelt waren. Eine Mehrheit von 51% jedoch befürwortet ausschließlich friedliche Reaktionen seitens der Palästinenser auf diesen Vorfall oder gar keine Reaktion. Insgesamt 46% befürworten verschiedene gewaltsame Reaktionen (von Angriffen auf Büros bis hin zur Geiselnahme von amerikanischen und britischen Staatsangehörigen oder gar bewaffneten Angriffen auf amerikanische oder britische Staatsangehörige).
- Bezüglich weiterer palästinensischer Themen:
 - 44% wollen dem palästinensischen Legislativrat mehr Befugnisse als dem Präsidenten der Autonomiebehörde (Mahmud Abbas) geben, 19% wollen das Gegenteil und 32% würden beiden gleich viel Macht geben.
 - 44% sind der Ansicht, dass die schwerwiegendsten Probleme, die die Palästinenser zu bewältigen haben, die Arbeitslosigkeit und die Armut seien, 25% meinen, das größte Problem sei die Fortdauer der Besatzung und 24% meinen, dies sei die Korruption und der Mangel an Reformen.
 - 75% geben an, sie und ihre Familien fühlen sich unter der Autonomiebehörde nicht sicher und geschützt.
 - 91% meinen, dass in der derzeitigen Autonomiebehörde Korruption verbreitet ist, aber zum ersten Mal seit 1996 glauben 65% davon, dass die Korruption in der Zukunft abnehmen wird.

 Diese Umfrage wurde mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah durchgeführt.

Für weitere Informationen, wenden Sie sich bitte an die KAS Ramallah oder an das PSR:
 Dr. Khalil Shikaki, Direktor des PSR oder Walid Ladadweh
 Tel.00972-2-296 4933, email pcpsr@pcpsr.org